Die deutsche Staatskrise
1930–1933
Handlungsspielräume und Alternativen

Schriften des Historischen Kollegs

Herausgegeben
von der
Stiftung Historisches Kolleg

Kolloquien
26

R. Oldenbourg Verlag München 1992

Die deutsche Staatskrise
1930–1933
Handlungsspielräume
und Alternativen

Herausgegeben von
Heinrich August Winkler
unter Mitarbeit von
Elisabeth Müller-Luckner

R. Oldenbourg Verlag München 1992

Schriften des Historischen Kollegs

im Auftrag der
Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
herausgegeben von
Horst Fuhrmann
in Verbindung mit

Knut Borchardt, Lothar Gall, Hilmar Kopper, Christian Meier,
Horst Niemeyer, Rudolf Smend, Rudolf Vierhaus und Eberhard Weis

Geschäftsführung: Georg Kalmer

Redaktion: Elisabeth Müller-Luckner

Organisationsausschuß:

Georg Kalmer, Franz Letzelter, Elisabeth Müller-Luckner, Heinz-Rudi Spiegel

Die Stiftung Historisches Kolleg hat sich für den Bereich der historisch orientierten Wissenschaften die Förderung von Gelehrten, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben, zur Aufgabe gesetzt. Sie vergibt zu diesem Zweck jährlich bis zu drei Forschungsstipendien und ein Förderstipendium sowie alle drei Jahre den „Preis des Historischen Kollegs“. Die Forschungsstipendien, deren Verleihung zugleich eine Auszeichnung darstellt, sollen den berufenen Wissenschaftlern während eines Kollegjahres die Möglichkeit bieten, frei von anderen Verpflichtungen eine größere Arbeit abzuschließen. Professor Dr. Heinrich August Winkler (Freiburg) war – zusammen mit Professor Dr. Johannes Fried (Frankfurt), Professor Dr. Jean-Marie Moeglin (Paris) und Professor Dr. Paolo Prodi (Bologna) – Stipendiat des Historischen Kollegs im elften Kollegjahr (1990/91). Den Obliegenheiten der Stipendiaten gemäß hat Heinrich August Winkler aus seinem Arbeitsbereich ein Kolloquium zum Thema „Handlungsspielräume und Alternativen in der deutschen Staatskrise 1930–1933“ vom 23. bis 26. Januar 1991 im Historischen Kolleg gehalten. Die Ergebnisse des Kolloquiums werden in diesem Band veröffentlicht.

Die Stiftung Historisches Kolleg wird vom Stiftungsfonds Deutsche Bank zur Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre und vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft getragen.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Die deutsche Staatskrise 1930–1933 : Handlungsspielräume
und Alternativen / hrsg. von Heinrich August Winkler unter
Mitarb. von Elisabeth Müller-Luckner. – München :
Oldenbourg, 1992

(Schriften des Historischen Kollegs : Kolloquien ; 26)

ISBN 3-486-55943-5

NE: Winkler, Heinrich August [Hrsg.]; Historisches Kolleg
(München): Schriften des Historischen Kollegs / Kolloquien

© 1992 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München
ISBN 3-486-55943-5

Inhalt

Zur Einführung	IX
<i>Heinrich August Winkler</i>	
Verzeichnis der Tagungsteilnehmer	XIII
I. Entscheidung für den Präsidialstaat: Komplott der Machteliten oder Selbstpreisgabe einer Demokratie?	
<i>Hans Mommsen</i>	
Regierung ohne Parteien. Konservative Pläne zum Verfassungsumbau am Ende der Weimarer Republik	1
<i>Kurt Nowak</i>	
Die evangelischen Kirchenführer und das Präsidialsystem: Konfessionelle Politik im Spannungsfeld von autoritärem Staatsgeist und kirchenbehördlicher Pragmatik (1930–1932)	19
<i>Gerhard Schulz</i>	
Bemerkungen zur Wegscheide zwischen parlamentarischer und autoritärer Entwicklung in der Geschichte der Weimarer Republik	39
Diskussion	49
II. Tolerierung versus Einheitsfront: Das Dilemma der SPD und die Politik der KPD	
<i>Klaus Schönhoven</i>	
Strategie des Nichtstuns? Sozialdemokratischer Legalismus und kommunistischer Attentismus in der Ära der Präsidialkabinette	59
<i>Joachim Petzold</i>	
SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik: Unüberwindbare Hindernisse oder ungenutzte Möglichkeiten?	77
Diskussion	99

III. Wirtschaftliche Sachzwänge oder Primat der Politik? Die Ära Brüning im Widerstreit der historischen Forschung	
<i>Knut Borchardt</i>	
Wirtschaftspolitische Beratung in der Krise: Die Rolle der Wissenschaft ...	109
<i>Carl-Ludwig Holtfrerich</i>	
Vernachlässigte Perspektiven der wirtschaftlichen Probleme der Weimarer Republik	133
Diskussion	151
IV. Rettung durch Staatsnotstand? Die Planung des Ernstfalls unter den Regierungen Papen und Schleicher	
<i>Eberhard Kolb/Wolfram Pyta</i>	
Die Staatsnotstandsplanung unter den Regierungen Papen und Schleicher	155
<i>Dieter Grimm</i>	
Verfassungserfüllung – Verfassungsbewahrung – Verfassungsauflösung. Positionen der Staatsrechtslehre in der Staatskrise der Weimarer Republik	183
Diskussion	201
V. Machteliten und Machtübertragung: Die Rolle von Industrie und Agrariern in der deutschen Staatskrise 1930–1933	
<i>Henry Ashby Turner, Jr.</i>	
‘Alliance of Elites’ as a Cause of Weimar’s Collapse and Hitler’s Triumph?	205
<i>Jürgen John</i>	
Zur politischen Rolle der Großindustrie in der Weimarer Staatskrise. Gesicherte Erkenntnisse und strittige Meinungen	215
<i>Wolfgang Zollitsch</i>	
Adel und adlige Machteliten in der Endphase der Weimarer Republik. Standespolitik und agrarische Interessen	239
Diskussion	257
VI. Der historische Ort des 30. Januar 1933	
<i>Gerald D. Feldman</i>	
Der 30. Januar 1933 und die politische Kultur von Weimar	263

Ian Kershaw

Der 30. Januar 1933: Ausweg aus der Staatskrise und Anfang des

Staatsverfalls 277

Diskussion 285

Personenregister 293

Zur Einführung

Im Jahre 1978 hielt der Münchner Wirtschaftshistoriker Knut Borchardt vor der Bayerischen Akademie der Wissenschaften einen inzwischen schon fast klassisch gewordenen Vortrag, der unter dem Thema stand: „Zwangslagen und Alternativen in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes“. Dreizehn Jahre später, im Januar 1991, fand im Historischen Kolleg zu München ein wissenschaftliches Kolloquium statt, das bewußt den Titel von 1978 variierte: „Handlungsspielräume und Alternativen in der deutschen Staatskrise 1930–1933“. Die Referate zu dieser Tagung sind in diesem Band vereinigt, dazu die Interventionen jener Teilnehmer, die sich bereit erklärten, ihre mündlichen Ausführungen nachträglich in schriftliche Form zu bringen.

Die Frage nach Handlungsspielräumen und Alternativen ist ein heuristisches Grundprinzip der Geschichtswissenschaft. Nur wenn wir diese Frage systematisch stellen, haben unsere Urteile eine Chance, über bloßes nachträgliches Rasonnieren hinauszugelangen. Der Versuch, historische Handlungsspielräume und Alternativen zu rekonstruieren, gewährleistet noch keine „objektiven“ Urteile, kann aber im Idealfall Wertungen ermöglichen, die „intersubjektiv“ nachvollziehbar sind.

Wenn es eine Leitfrage gab, die, ausgesprochen oder unausgesprochen, alle Diskussionen des Münchner Kolloquiums beherrschte, so lautete sie: Wann war Weimar noch zu retten? Weimar, als parlamentarische Demokratie verstanden, ist bekanntlich schon 1930 gescheitert. Die Formel, wonach dieser Vorgang als „Selbstpreisgabe einer Demokratie“ zu verstehen ist (so der Titel eines 1980 von Karl Dietrich Erdmann und Hagen Schulze herausgegebenen Sammelbandes), findet heute kaum noch Befürworter. So schwer sich die demokratischen Kräfte mit dem parlamentarischen System auch taten, diejenigen, die es bewußt darauf anlegten, den Reichstag zu entmachten und die Stellung des Reichspräsidenten zu stärken, waren in ihrer großen Mehrheit keine Anwälte einer wie immer gearteten Demokratie – und sie hätten es von sich gewiesen, als Demokraten apostrophiert zu werden. Auf der anderen Seite stieß auch die gewollt plakative Gegenformel vom „Komplott der Machteliten“ in den Münchner Debatten auf Widerspruch. Es gab wohl, was die Aushebelung des Parlaments anging, ein erhebliches Maß an sachlicher Übereinstimmung zwischen Großindustrie und Großagrariern, zwischen Rechtsparteien, Reichswehrführung und „Kamarilla“ um

Hindenburg, aber kein koordiniertes Vorgehen, das sich als Verschwörung wider die Normalverfassung Weimars beschreiben ließe. Eher wird man von einem präsidentialen Minimalkonsens der nichttotalitären Rechten sprechen können, der links von der Mitte keine vergleichbar entschlossene proparlamentarische Gruppierung gegenüberstand.

Ob der Prozeß der Entparlamentarisierung, der im Frühjahr 1930 mit dem Bruch der Großen Koalition begann, Anfang 1933 mit einer gewissen Zwangsläufigkeit in die Machtübergabe an Hitler mündete: darüber wurde in München am leidenschaftlichsten gestritten. Die „Optimisten“ argumentierten, daß auch die präsidentiale „Reserveverfassung“, die Regierung mit den Notstandsvollmachten des Artikels 48, eine legitime Weimarer Option gewesen sei, ja daß es selbst aus einer vom Militär getragenen „kommissarischen Diktatur“ noch eine Rückkehr zu einem, dann freilich wohl modifizierten parlamentarischen System hätte geben können. Die „Pessimisten“ meinten dagegen, die Chancen, Weimar zu retten, seien schon bei Beginn der großen wirtschaftlichen Depression schwach gewesen und die Entparlamentarisierung habe mit innerer Notwendigkeit jene Radikalisierung der Massen vorangetrieben, die eine der Vorbedingungen der „Krisenlösung“ vom 30. Januar 1933 war.

Eine Krise des Parlamentarismus gab es in der Zwischenkriegszeit, worauf während der Münchner Tagung vor allem der Pionier der deutschen Weimarforschung, Karl Dietrich Bracher, hinwies, mitnichten nur in Deutschland; sie war vielmehr ein europäisches Phänomen. Daß diese Krise in Deutschland einen radikaleren Ausgang nahm als irgendwo sonst, hängt aufs engste mit einem widersprüchlichen Erbe des Deutschen Kaiserreiches zusammen: Aus der Zeit vor 1918 stammten nicht nur die verbreiteten Vorbehalte gegenüber der westlichen Demokratie, sondern auch der Massenanspruch auf politische Partizipation in Gestalt des allgemeinen Wahlrechts. Als die Präsidentialregierungen dieses tradierte Recht zunehmend außer Kraft setzten, ließen sie den Parlamentarismus zur bloßen Fassade, ja zu einer Farce verkommen. Die Nationalsozialisten erhielten dadurch die einmalige Chance, sich als Anwälte der entrechteten Massen auszugeben und der denaturierten Demokratie ein Modell entgegenzustellen, das Politik wieder im Namen des Volkes zu machen versprach: den plebiszitär legitimierten Führerstaat.

Es half den Nationalsozialisten zusätzlich, daß sie sich als einzige Volksoption rechts von den Kommunisten und zugleich als die große Alternative zum „Marxismus“ sowohl in seiner bolschewistischen als auch in seiner sozialdemokratischen Variante darstellen konnten. Die Sozialdemokraten fielen als Opposition aus, seit sie sich im Oktober 1930 für die Tolerierung des Zentrumskanzlers Heinrich Brüning entschieden hatten. Sie taten dies einmal, um eine noch weiter rechtsstehende Reichsregierung, womöglich unter Einschluß der Nationalsozialisten, zu verhindern, zum anderen, um die Macht in Preußen zu behaupten, wo sie die stärkste Säule einer Koalition bildeten, an der auch das Zentrum beteiligt war. Der alte Streit, ob eine andere Politik für die Sozialdemokraten möglich gewesen wäre – etwa in Form einer Verständigung mit den Kommunisten –, wurde auch im Kolloquium des Historischen Kollegs fortgeführt. Die überwiegende Meinung ging dahin, daß die Tolerierungspolitik fatale Folgen hatte und doch ohne wirkliche Alternative war: Eine „linkere“ Sozialdemokratie

hätte den Zustrom zum Nationalsozialismus vermutlich nicht aufgehalten, sondern eher noch verstärkt.

Umstritten blieb in München auch die Frage, ob die rigorose Sparpolitik Brünings von den Verhältnissen erzwungen war oder ob es nicht doch von einem bestimmten Zeitpunkt ab möglich gewesen wäre, das Steuer in antizyklischer Richtung herumzureißen. Hätte Deutschland im Herbst 1931 dem britischen Beispiel folgen, seine Währung abwerten und dadurch die Konjunktur beleben können? Waren es wirklich wirtschaftliche und nicht vielmehr politische Gründe, die den Reichskanzler Brüning veranlaßten, an seinem Kurs bis zum bitteren Ende unbeirrt festzuhalten?

Vieles spricht in der Tat dafür, daß Brüning die innere Krise bewußt verschärfte, um seine außenpolitischen Ziele zu erreichen: die definitive Beendigung der Reparationszahlungen, die militärische Gleichberechtigung Deutschlands und schließlich die Erringung einer hegemonialen Position für das Reich auf dem europäischen Kontinent. Die Debatte wird weitergehen, und soviel steht schon jetzt fest: Die Argumente der politischen Historiker werden dabei nicht weniger schwer wiegen als die der Ökonomen und Wirtschaftshistoriker.

Nach Brünings Sturz und seiner Ablösung durch Franz von Papen ging das Präsidialsystem von seiner gemäßigten in die autoritäre Phase über. Der Reichstag fiel, seit am 31. Juli 1932 Nationalsozialisten und Kommunisten die Mehrheit der Sitze errungen hatten, als konstruktives Verfassungsorgan aus. Damit trat das ein, was der Staats- und Kirchenrechtler Johannes Heckel als „Verfassungslähmung“ bezeichnete. Wäre ein Aufschub von abermaligen Neuwahlen über die verfassungsmäßige Frist von sechzig Tagen hinaus ein Staatsstreich gewesen, oder hätte sich eine solche Maßnahme des Reichspräsidenten unter bestimmten Umständen als Versuch rechtfertigen lassen, den Kernbestand der Verfassung gegenüber verfassungsfeindlichen Mehrheiten zu verteidigen?

Schon die in München interdisziplinär, von Historikern und Juristen erörterte Frage macht deutlich, bis zu welchem Punkt sich die deutsche Staatskrise seit dem Sommer 1932 zugespitzt hatte. Ein simples Zurück zur parlamentarischen Demokratie von 1919 konnte es, nachdem die Mehrheit der Wähler sich gegen dieses System entschieden hatte, nicht mehr geben. Die Erklärung des Staatsnotstands wäre in jedem Fall mit großen Risiken behaftet gewesen, und doch war sie Ende Januar 1933 die letzte Alternative zur extremsten aller Krisenlösungen, der Machtübergabe an Hitler. Eine mehr oder minder verschleierte Militärdiktatur (dazu hätte sich bei Proklamation des Staatsnotstands die Regierung Schleicher entwickelt) konnte nur ein Transitorium sein. Was immer aus einem solchen Regime schließlich hervorgegangen wäre – „Weimar“ war zu dieser Zeit schon längst keine Option mehr. Eine „zweite Republik“ als Produkt der Staatskrise hätte sich von der ersten gewiß grundlegend unterschieden. Aber es erfordert schon ein gehöriges Maß an retrospektivem Optimismus, um eine „konstitutionelle Demokratie“ nach Art der späteren Bundesrepublik unter den Bedingungen der dreißiger Jahre für denkbar zu halten.

Die Machtübertragung an Hitler am 30. Januar 1933 war aus der Sicht ihrer Architekten ein geringeres Risiko als die Ausrufung des Staatsnotstands. Hinter dem Führer der Nationalsozialisten standen – trotz der Stimmenverluste, die seine Partei bei den

Reichstagswahlen vom 6. November 1932 hatte hinnehmen müssen – noch immer große Wählermassen. Da es „nationale“ Massen waren, gab es eine Brücke zwischen ihnen und den Kräften, die bisher ganz auf die autoritäre Karte gesetzt hatten. Die organisierte Großlandwirtschaft, ein Teil der Großindustrie und einige höhere Reichswehroffiziere stützten das Arrangement zwischen Hitler und dem früheren Reichskanzler von Papen, das sich seit Anfang Januar 1933 herauszubilden begann. Sosehr in den Münchner Debatten die Meinungen über die Rolle der Unternehmer auseinandergingen, in einem Punkt gab es keine Kontroverse: Über den größten politischen Einfluß verfügte, wer, um Carl Schmitt zu zitieren, „Zugang zum Machthaber“, also dem Reichspräsidenten, hatte. Das waren in erster Linie konservative Politiker und adlige Gutsnachbarn Hindenburgs. Daß der ostelbische Großgrundbesitz wirtschaftlich sehr viel schwächer war als die Großindustrie, minderte sein politisches Gewicht nicht im geringsten. Die Schlüsselrolle, die dem preußischen Rittergutsbesitz in der Endphase der ersten Republik zufiel, zeigte ein letztes Mal, wie wenig es Weimar gelungen war, aus dem Schatten des Bismarckreiches herauszutreten.

Die Diskussion über den historischen Ort des 30. Januar 1933, die das Münchner Kolloquium abschloß, erbrachte weitreichenden Konsens: Die Machtübergabe an Hitler ist nur auf dem Hintergrund *beider* Kontinuitätsstränge zu erklären, die Weimar mit dem Kaiserreich verbinden: des obrigkeitsstaatlichen und des „fortschrittlichen“, der sich als Teildemokratisierung der deutschen Gesellschaft beschreiben läßt. Die 1930 einsetzende Entdemokratisierung nützte vor allem jener Spielart des Extremismus, die es verstand, den Massenprotest klassenübergreifend zu artikulieren: den Nationalsozialisten. An die Herrschaft gelangt, beseitigten sie nicht nur, was von der Weimarer Demokratie 1933 noch übriggeblieben war, sondern auch den sehr viel älteren deutschen Rechts- und Verfassungsstaat. Den Abschluß des Zerstörungswerkes des Nationalsozialismus bildete der Untergang des ersten, von Bismarck geschaffenen deutschen Nationalstaates im Jahre 1945. Es fällt schwer, diesem Prozeß eine innere Logik abzusprechen: die Logik der Widersprüche, die das Deutsche Reich seit seiner Entstehung geprägt hatten.

Am Ende dieser Vorbemerkungen soll ein Wort des Dankes stehen. Ich danke den Referenten und Diskutanten sowie allen, die an der organisatorischen Vorbereitung und Durchführung des Kolloquiums beteiligt waren. Ich nenne namentlich Frau Dr. Elisabeth Müller-Luckner, die auch den vorliegenden Band redigiert hat. Zu danken habe ich sodann Herrn Jörg Judersleben für die Erstellung des Registers. Mein Dank gilt ferner Herrn Professor Horst Fuhrmann, dem Vorsitzenden des Kuratoriums der Stiftung Historisches Kolleg, und Herrn Georg Kalmer, dem Geschäftsführer des Kollegs. Danken möchte ich schließlich dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, der mir die Möglichkeit gegeben hat, mich ein Jahr lang ganz *einer* Aufgabe zu widmen: der Arbeit an einer Geschichte der ersten deutschen Republik. Ich hoffe, daß ich diesem Dank bald auch in anderer Form Ausdruck geben kann: durch die Veröffentlichung des Buches, das ich im Oktober 1990 zu schreiben begonnen habe.

Verzeichnis der Tagungsteilnehmer

Dr. Johannes Bähr, Berlin
Prof. Dr. Dr. h.c. Knut Borchardt, München
Prof. Dr. Dr. h.c. Dietrich Bracher, Bonn
Prof. Dr. Werner Bramke, Leipzig
Prof. Dr. Dan Diner, Ramat Aviv/Israel
Prof. Dr. Rolf Dumke, Neubiberg
Dr. Rainer Eckert, Berlin
Prof. Dr. Gerald D. Feldman, Berkeley, Cal./USA
Prof. Dr. Dieter Grimm, Karlsruhe
Prof. Dr. Ludolf Herbst, München
Prof. Dr. Carl-Ludwig Holtfrerich, Berlin
Prof. Dr. Jürgen John, Jena
Prof. Dr. Ian Kershaw, Sheffield/Großbritannien
Dr. Jürgen Köhler, Berlin
Prof. Dr. Eberhard Kolb, Köln
Prof. Dr. Jürgen Freiherr von Kruedener, Neubiberg
Prof. Dr. Peter Krüger, Marburg
Dr. Franz Letzelter, Essen
Prof. Dr. Hans Mommsen, Bochum
Dr. Elisabeth Müller-Luckner, München (Historisches Kolleg)
Dr. Anthony Nicholls, Oxford/Großbritannien
Prof. Dr. Dr. Kurt Nowak, Leipzig
Prof. Dr. Joachim Petzold, Berlin
Dr. Wolfram Pyta, Köln
Dr. Albrecht Ritschl, München
Prof. Dr. Gerhard A. Ritter, München
Prof. Dr. Klaus Schönhoven, Mannheim
Prof. Dr. Gerhard Schulz, Tübingen
Prof. Dr. Kurt Sontheimer, München
Prof. Dr. Peter Steinbach, Passau
Prof. Dr. Henry A. Turner, New Haven, Conn./USA
Dr. Ernst-Peter Wieckenberg, München
Prof. Dr. Heinrich August Winkler, Freiburg (Stipendiat des Historischen Kollegs
1990/1991)
Dr. Wolfgang Zollitsch, Freiburg

I. Entscheidung für den Präsidialstaat: Komplott der Machteliten oder Selbstpreisgabe einer Demokratie?

Hans Mommsen

Regierung ohne Parteien. Konservative Pläne zum Verfassungsumbau am Ende der Weimarer Republik

Die Zerstörung der Weimarer Republik in der Phase der Präsidialkabinette ist schwerlich auf das Handeln oder Versagen einzelner Individuen zurückzuführen. Die Strukturschwäche der auf der Pariser Friedenskonferenz ins Leben gerufenen parlamentarischen Systeme war mit Ausnahme der ČSR und Frankreichs schon an der Schwelle der 30er Jahre evident. Daß das parlamentarische System in Deutschland bis zur Bildung des Kabinetts Brüning Bestand hatte, ging wesentlich auf die außen- und finanzpolitische Abhängigkeit des Reiches zurück, die nicht zuletzt in der Reparationsfrage hervortrat. Im Innern war das parlamentarische Prinzip schon seit den Juniwahlen von 1920 im Rückzug¹. Das Übergangsregime Heinrich Brünings, das äußerlich an der Verfassung festhielt, wurde von dem Augenblick an von den „nationalen“ Parteien gestürzt, als sich das Ende der Reparationen abzeichnete und die alliierten Regierungen unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise nicht mehr imstande waren, die Sanktionspolitik der 20er Jahre fortzuführen². Damit entfielen die Hemmungen der politischen Rechten, selbst die Regierungsgewalt zu übernehmen und das parlamentarische System endgültig zu eliminieren³.

Ideologisch war die Wendung zum autoritären Regime im neokonservativen Schrifttum seit Oswald Spengler und Arthur Moeller van den Bruck, zugleich in der Programmatik des rechten Flügels der DNVP seit langem vorbereitet. Aber erst im Zusammenhang mit der Wendung der großen industriellen und agrarischen Interes-

¹ Vgl. *Arnold Brecht*, Die Auflösung der Weimarer Republik und die politische Wissenschaft, in: *Zeitschrift für Politik* 2 (1955) 291–308.

² Vgl. meine Darstellung: *Verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang* (Berlin 1989) 363 ff., 403.

³ Vgl. *Heidrun Holzbach*, Das „System“ Hugenberg. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP (Stuttgart 1981) 251.

senverbände gegen das parlamentarische System, die mit der Bildung des Kabinetts der Großen Koalition nach den Maiwahlen von 1928 einsetzte, fand die ideologische Offensive der Rechten größere politische Resonanz. Sie vereinigte höchst unterschiedliche Spielarten des Antiliberalismus, die mit einem affektgeladenen Antimarkxismus unauflösbare Verbindungen eingingen. Der gemeinsame Nenner der gegen die Republik gerichteten Attacken bestand in der Polemik gegen die angebliche „Herrschaft der Parteien“ und der Forderung, sie entweder ganz zu beseitigen oder doch als Instrumente der politischen Willensbildung entscheidend zurückzudrängen. Nicht unzutreffend konstatierte Ernst Niekisch, daß das Parteiwesen als „Sündenbock diene, dem alle Schuld an dem Elend nach 1918 aufgebürdet werde“, um so von der Verantwortlichkeit der kapitalistischen Interessen abzulenken⁴.

Die Überwindung der Parteien war seit der Gründung der Republik von neokonservativen Autoren und katholischen Ständetheoretikern unablässig gepredigt worden, ohne daß Klarheit bestand, was an ihre Stelle treten sollte. Der von Oswald Spengler, Arthur Moeller van den Bruck, Max Hildebert Boehm und nach ihnen von Edgar Jung und ebenso von den Autoren des „soldatischen Nationalismus“ propagierte Antiparlamentarismus erschöpfte sich im Grunde in einer haßerfüllten Bürgerkriegsrhetorik. Tragfähige politische Konzepte, die über die vage Vorstellung einer berufsständischen Ordnung hinausreichten, gab es nirgends, abgesehen davon, daß die von Othmar Spann propagierte Ständeideologie gerade keine ständische Autonomie, sondern einen starken autoritären Staat implizierte⁵. Das im bürgerlichen Lager weithin geteilte Ressentiment gegen politische Parteien verstärkte sich in dem Maße, in dem die einzelnen Wählergruppen ihre Interessen nicht mehr durch die von ihnen favorisierten Parteien verwirklicht sahen. Es gehörte eine beträchtliche politische Naivität dazu, auf die Mitwirkung von Parteien ganz verzichten zu wollen. Gleichwohl gab es eine kurze Phase, in der Ideengänge dieser Art in den Bereich des politisch Realisierbaren eintauchten. Die Vorstellung einer Regierung ohne Parteien fand in dem autoritären Kurs der nach dem Sturz Brüning's amtierenden Präsidialkabinette unter Franz von Papen und Kurt von Schleicher einen unmittelbaren Niederschlag.

Die vielfältigen Ursachen der Funktionsschwäche des parlamentarischen Systems von Weimar sind immer wieder herausgestellt worden. Es wäre verfehlt, sie ausschließlich oder überwiegend auf eine mangelnde Koalitionsbereitschaft der Mittelparteien und der SPD zurückzuführen, die die Bildung von Mehrheitskabinetten wiederholt unmöglich gemacht hatte⁶. Die chronische Parlamentskrise⁷ von Weimar be-

⁴ Der „autoritäre Staat“, in: *Das Dritte Reich. Blätter f. Freiheit und Gemeinschaft* 9 (Nov. 1932).

⁵ Vgl. *Martin Schneller*, *Zwischen Romantik und Faschismus. Der Beitrag Othmar Spanns zum Konservativismus der Weimarer Republik* (Stuttgart 1970) 45 f.

⁶ Vgl. *Karl Dietrich Bracher*, *Demokratie und Machtvakuum: Zum Problem des Parteienstaats in der Auflösung der Weimarer Republik*, in: *Karl Dietrich Erdmann, Hagen Schulze* (Hrsg.), *Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute* (Düsseldorf 1980) 119 f., 132; der nicht hinreichend explizierte Begriff der „Selbstpreisgabe“ scheint mir den Grad der Unterminierung des Weimarer parlamentarischen Systems durch rechtsgerichtete Verbände und Interessen unzureichend zu reflektieren.

⁷ Dies war schon die Kritik Gustav Stresemanns bei seinem Sturz als Reichskanzler; vgl. *Gustav Stresemann, Vermächtnis*, Bd. 1 (Berlin 1932) 245 f.

ruhte größtenteils auf der Intransigenz der DNVP, des rechten Flügels der DVP, der BVP und der hinter ihnen stehenden Verbände, die sich dagegen sträubten, Regierungsverantwortung auf der Grundlage der republikanischen Verfassung zu übernehmen, in zweiter Linie auf der mangelnden Interessenintegration innerhalb der liberalen Mittelparteien⁸. Es ist daher zweifelhaft, ob eine Verselbständigung der Regierung und eine Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten, insbesondere die Aufhebung von Artikel 54 WRV, wonach Reichskanzler und Reichsminister des Vertrauens des Reichstags bedurften – Verfassungsänderungen, wie sie von einem großen Teil der öffentlichen Meinung und vielen bürgerlichen Parlamentariern gefordert wurden –, die ersehnte politische Stabilität gebracht hätten.

Der Ruf nach einer Reform der Verfassung ging im übrigen nicht nur von Gegnern der Republik aus. Im liberalen Lager waren es vor allem Walter Jellinek, Willy Hellpach und Erich Koch-Weser⁹, im sozialdemokratischen Hermann Heller, Ernst Fraenkel, Hans Simons und Carlo Mierendorff¹⁰, die eine Stärkung der Exekutive auf Kosten des Reichstags forderten. Desgleichen machte sich Carl Schmitt zum beredten Sprecher eines grundlegenden Verfassungsumbaus. In seiner Schrift über „Legalität und Legitimität“ verlangte er, den Teil 1 der Weimarer Reichsverfassung, damit die Vorschriften über die Verfassungsorgane, zugunsten des Teils 2, den er als Kern der ursprünglichen Verfassungsentscheidung interpretierte, zur Disposition zu stellen¹¹. Vor dem Hintergrund der im bürgerlichen Lager allenthalben vorhandenen Bereitschaft, zentrale Elemente des parlamentarischen Systems preiszugeben, müssen die Illusionen des Kabinetts von Papen gesehen werden, „die Herstellung einer wahrhaft unparteiischen nationalen Staatsführung“ versprechen zu können, „die sich über alles Parteiwesen als unantastbarer Hort der Gerechtigkeit erhebt“¹². Zeitgenössische Beobachter haben den illusionären Charakter dieses Konzepts hervorgehoben, das alles von der Autorität des vom Volk gewählten Reichspräsidenten abhängig machte, gleichzeitig aber die auf der gleichen Legitimitätsgrundlage beruhende Volksvertretung beiseiteschieben wollte¹³. Denn Hindenburg war, wie schon Brüning hatte erkennen müssen, durch eine solche Aufgabe schlechterdings überfordert, und man wußte auch gut genug, daß es unmöglich war, das Risiko einer neuerlichen Nachfolgedebatte einzugehen.

⁸ Vgl. *Larry E. Jones*, *German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System, 1918–1933* (Chapel Hill 1988) 478 f.

⁹ Vgl. *Walter Jellinek*, *Verfassungsreform im Rahmen des Möglichen*, in: *Reich und Länder 6* (1932) 268 ff.; zu Hellpach vgl. *Christian Jansen*, *Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln an einer liberalen Universität: Heidelberg 1914 bis 1935* (Diss.phil. Heidelberg 1989) 288 ff.; *Ernst Portner*, *Koch-Wesers Verfassungsentwurf*, in: *VfZ 14* (1966) 280–296.

¹⁰ *S. Heinrich August Winkler*, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933* (Berlin 1987) 803 ff.

¹¹ Vgl. *Dieter Grimm*, *Verfassungserfüllung – Verfassungsbewahrung – Verfassungsauflösung*, in diesem Band 193 ff.

¹² Rundfunkrede von Papens vom 12. September 1932, in: *Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 73* (1932) 161.

¹³ Vgl. *Gustav Stolper*, *Konservativismus?*, in: *Der deutsche Volkswirt 6* (1932) Nr. 51 (16.9.32) 1663–1665.

Das Scheitern der Harzburger Front hätte von Papen darüber belehren müssen, daß die Einbindung der NSDAP in die nationale Opposition nicht im Sinne Hitlers lag, der vielmehr alles daran setzte, eine Annäherung an das „Kabinett der Barone“ zu vermeiden, die vom größten Teil seiner Anhänger nicht verstanden worden wäre. Daß der Reichskanzler sich gleichwohl der Illusion verschrieb, durch die Aufhebung des SA-Verbots, die Beseitigung der bisher das Auftreten der NSDAP einschränkenden Verbote und Offerten einer Regierungsbeteiligung die Tolerierung des Präsidialkabinetts durch Hitler sicherstellen zu können, ging auf die Selbsttäuschung zurück, daß mit der Erfüllung der antiparlamentarischen und „antimarxistischen“ Forderungen der NSDAP deren Existenzgrund entfallen werde. Der Ausgang der Juliwahlen bewirkte jedoch das gerade Gegenteil davon und nährte in der nationalsozialistischen Bewegung die ebenso illusionäre Hoffnung, daß die Machtübernahme durch Hitler unmittelbar bevorstehe¹⁴. Der Eklat, mit dem der Empfang Hitlers bei Hindenburg am 13. August 1932 endete, löste eine schwere Krise in der NSDAP aus, war aber keineswegs vom Reichskanzler vorhergesehen worden.

Tatsächlich zwang das Scheitern der Verhandlungen mit Hitler das Reichskabinett in den offenen Verfassungsbruch. Während von Gayl entschlossen war, den schweren Prestigeverlust der NSDAP, der die inneren Spannungen in der Partei verschärfte, trotz des sich abzeichnenden Widerstands der Länder für den autoritären Verfassungsumbau zu nützen, zögerte von Papen die offene Verletzung der Legalität hinaus und gab sich der Hoffnung hin, daß der Anfang September zusammentretende Reichstag sich nach mehrtägiger Debatte vertagen und auf einen Bruch mit der Regierung verzichten würde, da die bürgerlichen Parteien einschließlich der NSDAP das Risiko einer Reichstagsauflösung und anschließender Neuwahlen schwerlich zu gehen bereit waren. Das gegen von Papen gerichtete spektakuläre Mißtrauensvotum vom 12. September beruhte in der Tat auf einer Verkettung unerwarteter Umstände, in erster Linie auf der Haltung der DNVP im Ältestenrat, die gegen das von der KPD geforderte Mißtrauensvotum vor Eintritt in die Tagesordnung keinen Protest erhob, in zweiter Linie auf der Intervention Hitlers, der die NSDAP-Fraktion dazu verpflichtete, in keinem Falle gegen die Kommunisten zu stimmen¹⁵. Auch jetzt widerstand von Papen dem Drängen seines Innenministers, vollendete Tatsachen zu schaffen und gegenüber der NSDAP durchzugreifen. Er gab sich vielmehr dem Wunschenken hin, bis zu den zum letztmöglichen Zeitpunkt angesetzten Novemberwahlen ein verändertes innenpolitisches Klima schaffen und die NSDAP in eine vernichtende Wahlniederlage hintreibtreiben zu können, der die Regierung alle Atouts aus der Hand nahm.

In der politisch interessierten Öffentlichkeit und bei der neokonservativen Publizistik schlug die verbreitete Mißstimmung über die parlamentarische Praxis in die Erwartung um, daß der angestrebte Verfassungsumbau unmittelbar bevorstehe. Die in den Kabinetten Brüning praktizierte Zurückdrängung des Reichstags, die durch die

¹⁴ Vgl. *Elke Fröblich* (Hrsg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente*, T. 1, Bd. 2, *Aufzeichnungen vom 1., 7. und 9.8.1932* (München u. a. 1987) 211, 217 f.

¹⁵ Vgl. *Thilo Vogelsang*, *Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930–1932* (Stuttgart 1962) 277 ff.

wiederholte Reichstagsauflösung verschärft wurde, hatte den Eindruck erweckt, als seien die politischen Parteien im Begriff, von der Bühne abzutreten oder doch ihre zentrale Rolle innerhalb des politischen Willensbildungsprozesses zu verlieren. Vorstellungen dieser Art wurden durch die fortschreitende Auflösung der liberalen Mittelparteien und die Stimmenverluste der DNVP befördert. Insbesondere Hans Zehrer prognostizierte in der einflussreichen Monatsschrift „Die Tat“, daß die „moderne politische Partei“ als spezifische Organisationsform des Liberalismus überholt sei. In Anlehnung an Spenglers Parteienlehre verkündete er das bevorstehende „Ende der Parteien“. Mit Ausnahme des Zentrums, das die Chance habe, sich im ständischen Sinne umzubilden – dem entsprach das gleichzeitige Vorgehen der Katholischen Aktion und die Tendenz der Enzyklika *Quadragesimo Anno*¹⁶ –, stünden die liberalen Mittelparteien sowie die DNVP vor der völligen Auflösung. Ebenso werde die SPD als „inzwischen rein liberalistische Partei“ von der politischen Bühne abtreten müssen, während die Gewerkschaften als ständisch geprägte Organisationen erhalten bleiben würden¹⁷. Der Staat, erklärte Zehrer, dürfe sich dem Zerfall der Parteien nicht in den Weg stellen, müsse vielmehr darum bestrebt sein, wichtige Tätigkeitsbereiche der Parteien, darunter den der Jugenderziehung, in seine Zuständigkeit zu ziehen und dadurch deren Wirkungskreis weiter einzuschränken. Folgerichtig unterstützte er die Bestrebungen, das Reichskuratorium für Jugendertüchtigung auszubauen.

Zehrer beschäftigte sich unablässig mit der Frage, wie die NSDAP und die KPD in den von ihm prognostizierten Strukturwandel eingefügt werden könnten. Er war sich sicher, daß der nationalsozialistische Aufstieg Teil eines säkularen Umbruchprozesses sei, der zu einer neuen Synthese von Nationalismus und Sozialismus führen werde. Für ihn stand außer Frage, daß die NSDAP durch eine konsequente Hinwendung nach links das Wählerpotential der KPD an sich ziehen und die erhoffte Verschmelzung der beiden großen antikapitalistischen Bewegungen vollziehen werde. Der „Nationalsozialismus als Partei“ stelle „heute die größte repräsentative Plattform des antiliberalistischen Konservativismus“ dar; als „Bewegung“ erfasse er „alle die Kräfte, die von ‚rechts‘ kommen und sich im Aufbruch ins 20. Jahrhundert befinden“¹⁸. In anderem Zusammenhang bezeichnete er die beiden Parteien als „Endprodukte des Liberalismus, die die aus der liberalen Geisteswelt abflutenden Massen aufsaugen und sammeln, um mit ihnen das liberale System endgültig zu zerschlagen“¹⁹. KPD und NSDAP oblag daher die epochale Aufgabe, die Reste des Liberalismus wegzuräumen und den Weg für eine grundlegend neue Gestaltung frei zu machen.

Zehrer, dessen ungewöhnlich fragmentarische Kenntnis der kommunistischen Politik ein wenig überrascht, zweifelte keinen Augenblick daran, daß die KPD eine bloße

¹⁶ S. *Joachim Köbler*, *Katholische Kirche und politischer Katholizismus in der Endphase der Weimarer Republik*, in: *Rottenburger Jahrbücher zur Kirchengeschichte* 2 (1983) 141–153; *Claus Haffert*, *Zwischen Konfession und Klasse. Katholische Arbeitervereine, Katholische Kirche und Zentrumspartei in der Weimarer Republik* (Diss.phil. Bochum 1991) 170 ff.

¹⁷ *Hans Zehrer*, *Das Ende der Parteien*, in: *Die Tat* 24 Bd. I (1932) 68 ff., 77; im folgenden zitiert: *Zehrer*, *Das Ende der Parteien*.

¹⁸ *Ders.*, *Rechts oder Links*, in: *Die Tat* 23 H. 2 (Oktober 1931) 457.

¹⁹ S. *Conan Fischer*, *The German Communists and the Rise of Nazism* (London 1991) 190 f.

Übergangserscheinung sei. Daran war so viel richtig, daß die KPD zwar von der Wirtschaftskrise und dem Glaubwürdigkeitsverlust der SPD bei Teilen der Arbeiterschaft nachhaltig profitierte, aber sich nicht anders als die bürgerlichen Mittelparteien in einer inneren Auflösung befand²⁰. Die extrem hohe Mitgliederfluktuation der KPD bewies, daß der Partei innere Konsistenz abging. Zehrerers Prognose hätte dann einige Wahrscheinlichkeit für sich gehabt, wenn die Bewegungsstruktur der NSDAP nicht durch systematische Eingriffe der Parteiführung aufgehoben worden wäre, die zur Ausschaltung der vor allem in der NSBO repräsentierten prosozialistischen Gruppierungen bestanden. Bei seiner Analyse verschrieb sich der Herausgeber der „Tat“ wie viele Repräsentanten der bürgerlichen Rechten, desgleichen die Führung der Reichswehr, der Vorstellung, daß der Nationalsozialismus die lang ersehnte breite „nationale Bewegung“, wenn auch in einer unausgereiften Form verkörperte. Die Unterscheidung zwischen der real existierenden Partei und dem wahren „nationalen“ Kern des Nationalsozialismus findet sich bei Zehrer in allen erdenklichen Varianten. Zunächst entwarf er die Vision, daß sich der Nationalsozialismus, dem bislang noch die „Schlacken der Parteibewegung“ anhafteten, zum Träger der epochalen Umgestaltung entwickeln könne. Folgerichtig warnte er die NSDAP davor, Koalitionsbündnisse einzugehen²¹. Das entsprach seiner seit 1929 unter dem Schlagwort „Achtung, junge Front! Draußen bleiben“ vertretenen Devise, daß die neuen Kräfte sich nicht durch ein Zusammengehen mit den „liberalistischen“ Parteien verbrauchen dürften, um für den in zwei bis drei Jahren anvisierten nationalen Aufbruch, der 1918 verpaßt worden sei, bereitzustehen²². Daß die NSDAP das gegebene politische System kompromiß- und rückhaltlos angriff, betrachtete Zehrer als Ausfluß des in ihr zum Ausdruck gelangenden revolutionären Impulses, den er für eine Übergangserscheinung hielt. Zehrer war insofern ein Opfer der nationalsozialistischen Propaganda, die, durchaus von neokonservativen Ideengängen beeinflusst, konsequent die Fiktion vertrat, die grundlegende Alternative zum bestehenden System zu sein²³. Andererseits meinte Zehrer, daß sich auch die „äußerste Position“ von KPD und NSDAP als provisorisch herausstellen und diese, gerade weil ihnen ein klares Bild der zukünftigen Gestaltung abging, „immer wieder in das System verflochten“ würde²⁴.

Analog zu den Erwartungen der konservativen Kamarilla glaubte Zehrer, daß die bisherigen Parteien in Anbetracht der staatspolitischen Notwendigkeiten zerfallen würden. Auch die NSDAP werde „an dieser Klippe zerschellen, soweit sie eine liberalistische Partei mit Millionen von Wählern geworden“ sei; von ihr werde nur der „bündische Kern“ erhalten bleiben, der den Rückhalt der von ihm prognostizierten „Neuen Front“ bilden werde. Solange sich die NSDAP nicht von den „abflutenden

²⁰ Zehrer, Das Ende der Parteien 74f.; vgl. *ders.*, Die Dritte Front. Revolution des Stimmzettels, in: Die Tat 24 Bd. I (Mai 1932) 117: „Der Nationalsozialismus als Partei hat sich in einen leeren Raum hineingetrommelt.“

²¹ Hans Zehrer, Die eigentliche Aufgabe, in: Die Tat 23 (Januar 1932) 789.

²² Vgl. Die Tat 21 Bd. II (1929/30) 25 ff.

²³ Vgl. die Rede Hitlers in Eberswalde am 27. Juli 1932, in: Hans Mommsen, Adolf Hitler als „Führer“ der Nation (Deutsches Institut für Fernstudien, Tübingen 1984) 159 ff.

²⁴ Hans Zehrer, Wohin treiben wir, in: Die Tat 23 Bd. I (1931/32) 341.

Massen“, dem „Treibholz“ einer diffusen Anhängerschaft wieder trenne und zu einer größeren Gebundenheit und Stufung der Masse, damit zu einer elitären „Führer- und Kampfgemeinschaft“ gelangen werde, sei sie zum Scheitern verurteilt. Paradoxerweise erblickte Zehrer gerade in der SS und SA das bündisch-elitäre Moment, während er die politische Organisation der NSDAP bezichtigte, sich zur parlamentarischen Partei zurückzuentwickeln²⁵. Als Partei, so kritisierte er, habe sich der Nationalsozialismus „in einen luftleeren Raum hineingetrommelt“²⁶. In diesem Zusammenhang optierte er für den stärker sozialistischen Kurs des Straßer-Flügels, während er Hitler, den die „Tat“ noch im November 1929 unter die „Gipsgrößen der Politik“ eingeordnet hatte²⁷, nicht zu Unrecht vorwarf, keine „klare geistige Plattform“ zu besitzen²⁸.

Von der Vision, daß aus der nationalsozialistischen Bewegung selbsttätig die erhoffte „Dritte Front“ hervorgehen werde, mußte Zehrer jedoch Schritt für Schritt Abschied nehmen. Er konstatierte, daß sich auch in der NSDAP bürokratische Tendenzen durchsetzten, daß sie von dem „Zersetzungsprozeß“ des alten Systems ebenfalls ergriffen werde und teilweise wieder der „Liberalisierung“ verfiel²⁹. Seine anfängliche Hoffnung, daß die in Gregor Straßers Schlagwort von der „antikapitalistischen Sehnsucht der Massen“ beschriebene Tendenz sich in einer umfassenden Mobilisierung in den Reichstagswahlen niederschläge, erfüllte sich nicht. Zutreffend konstatierte die „Tat“, daß die NSDAP keine Chance habe, in den Juliwahlen mehr als 40 Prozent der Mandate zu erringen, ebenso wie sie frühzeitig einen Stimmenrückgang für die Novemberwahlen vorhersagte³⁰. Die Ursache dafür liege darin, daß die Partei das Wählerreservoir der bürgerlichen Parteien weitgehend ausgeschöpft habe. In der Tat beschritt Joseph Goebbels im Wahlkampf vom Spätherbst 1932 den selbstmörderischen Weg, durch die Gewinnung von Teilen der Industriearbeiterschaft die sich mit der Rückwanderung der Mittelschichtwähler zur DNVP abzeichnende Wahlniederlage abzuwenden, ohne damit Erfolg zu haben³¹.

Zehrer stand mit der Überlegung nicht allein, daß das Scheitern des parlamentarischen Weges, das er schon vor den Juliwahlen konstatierte, den erhofften inneren Umwandlungsprozeß der NSDAP vorantreiben werde. So argumentierten die „Deutschen Führerbriefe“, daß mit den Juliwahlen „das Ende der Revolution von unten und

²⁵ Ebd. 101 und 74.

²⁶ Die Tat 24 Bd. I (1931/32) 117.

²⁷ Vgl. *Klaus Fritzsche*, Politische Romantik und Gegenrevolution. Fluchtwege in der Krise der bürgerlichen Gesellschaft. Das Beispiel des „Tat“-Kreises (Frankfurt 1976) 249f., im folgenden zitiert: *Fritzsche*, Politische Romantik.

²⁸ S. ebd. 117; in einem anonymen Artikel in den Deutschen Führerbriefen Nr. 42 vom 3. Juni 1932 hieß es, die stärkste Hoffnung, daß der in Gang befindliche Umwandlungsprozeß fortgesetzt werde, liege in der Person Hitlers, der im Unterschied zu dem Machthunger und den Rachegefühlen der Abgeordneten und Gauleiter „die Alltagsdingen überlegene visionäre Schau“ verkörpere. Die weltanschaulichen Ziele der Bewegung seien größer als die politisch-parlamentarischen der Partei.

²⁹ Die Tat 23 Bd. II (1931/32) 551ff., 793.

³⁰ Die Tat 24 Bd. I (1932/33) 345; 24 Bd. II (1932/33) 713.

³¹ Vgl. *Thomas Childers*, The Limits of National Socialist Mobilization: The Elections of 6 November 1932 and the Fragmentation of the Nazi Constituency, in: *ders.*, The Formation of the Nazi Constituency. 1919–1933 (London 1986) 235ff.

der Anfang der Revolution von oben gegeben“ sei³². Die NSDAP habe die Ermahnung, „sich darauf zu beschränken, bloße Bewegung zu sein“, nicht beherzigt und sei „nach der Wahl endgültig zu einer Parlamentspartei“ geworden³³. Hitlers Weigerung, sich in die Front der „nationalen Kräfte“ unter Papen einzuordnen, und dessen Forderung, die Kanzlerschaft zu übernehmen, schienen den Rückfall in die vermaledete „Koalitionsschacherei“ zu beweisen. Daß die NSDAP ihre Stärke auf ihren zahlenmäßigen Erfolg, nicht auf sachliche Leistung zurückführe, wurde ihr von der Ringbewegung als „Sünde wider den Geist“ zum Vorwurf gemacht³⁴. Die NSDAP war unter Papen nicht nur massiv verstärkt in den Reichstag zurückgekehrt, sondern es war für Eingeweihte kein Geheimnis, daß zumindest Straßer und eine Mehrheit der Abgeordneten ernstlich von der bisherigen Obstruktionspolitik abzurücken trachteten. Auch die Wahl Görings zum Reichstagspräsidenten mußte als Signal dafür gesehen werden, daß die Partei sich an der parlamentarischen Willensbildung konstruktiv zu beteiligen gedachte.

Auf der politischen Rechten wurde der NSDAP allenthalben ein Rückfall in parlamentarische Methoden vorgeworfen, und in den Novemberwahlen sollte sich dies als höchst wirksames Wahlkampfangument erweisen. Diese Einsicht schlug sich jedoch keineswegs in der Bereitschaft nieder, die NSDAP definitiv abzuschreiben. Auch in der NSDAP selbst mehrten sich die Stimmen, die die parlamentarische Karte für ausgereizt hielten und den Kampf um die Macht auf außerparlamentarischem Wege vorantreiben wollten. Zehrer griff Überlegungen dieser Art auf und betonte, die NSDAP habe „ihren Wendepunkt erreicht“, die „Revolution des Stimmzettels“ sei nunmehr beendet³⁵. Er forderte die NSDAP dazu auf, sich in einen Bund oder Orden zu verwandeln und sich in die werdende „Dritte Front“, damit in die von Schleicher ins Auge gefaßte Querachse, einzureihen. Zehrer konstatierte einen Rückgang der von ihm zuvor mit Emphase geschilderten Massenmobilisierung – tatsächlich trat seit dem Spätsommer eine innenpolitische Beruhigung ein, flauten die gewaltsamen Zusammenstöße auf den Straßen sichtlich ab und machten sich in der NSDAP deutliche Ermüdungserscheinungen bemerkbar. Dies veranlaßte ihn zu der Schlußfolgerung, daß die Initiative mittlerweile an „die neutrale Staatsgewalt“ übergegangen sei. Einiges davon war Wunschdenken, aber es traf zu, daß sich die Frontalattacke der NSDAP auf das System von Weimar einstweilen totgelaufen hatte.

Zehrer's Grundposition war von der Überzeugung geprägt, daß an die Stelle der Parteien neue bündische Organisationsformen treten würden. „Der Bund gehört der Zukunft, die Partei gehört der Vergangenheit an“, formulierte er im Einklang mit Oswald

³² Nr. 62 vom 12. August 1932.

³³ Am 3. Juni (Nr. 42) war von der „bangen Sorge“ die Rede, daß eine alleinige Machtübernahme durch die NSDAP nichts Entscheidendes ändern würde und daß die Gefahr bestehe, „dem Massenrausch“ zu erliegen und „eine Renaissance von Weimar“ herbeizuführen, wenn „die Umformung der Parlamentspartei zu einem Orden“, aufbauend auf der SA und unter Zurückdrängung der zivilen Partei, nicht gelänge.

³⁴ Zitiert nach *Yuji Ishida*, Jungkonservative in der Weimarer Republik. Der Ring-Kreis 1928–1933 (Frankfurt 1988) 248; im folgenden zitiert: *Ishida*, Jungkonservative.

³⁵ Die Tat 24 Bd. I (1931/32) 433.

Spenglers Demokratie-Kritik³⁶. Seine starke Bindung an Schleicher und seine eindeutige Parteinahme für Gregor Straßer, dessen innerparteiliche Möglichkeiten er – infolge der falschen Prognose, daß die Organisationen in der Politik endgültig zurückträten – bei weitem überschätzte, veranlaßten ihn nun, sich zum uneingeschränkten Verteidiger des Präsidialsystems zu machen und eine konsequente Revolution „von oben“ zu propagieren. Er forderte Schleicher auf, den Parteienpluralismus aktiv zu bekämpfen und plädierte für die Schaffung einer „eigenen Volksfront des Staates“³⁷. Im Zusammenhang damit skizzierte er die Grundlinien der künftigen Reichsverfassung, in denen die späteren Reformentwürfe des nationalkonservativen Widerstands weitgehend vorweggenommen waren³⁸. Sein Neuordnungskonzept zielte ausdrücklich auf die „Entliberalisierung“ der bisherigen Verfassungsstruktur und die Eliminierung der „heutigen zentralistischen Parteien“.

Das ungewöhnlich hohe analytische Niveau Zehrer kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die von ihm vertretenen Positionen die verschiedenen Entwicklungsstadien des Präsidialsystems widerspiegeln. Auch Zehrer suggerierte die verbreitete Fehleinschätzung, daß sich der Nationalsozialismus der Massenbewegung nur als Mittel bediene, um die Arbeiterschaft dem Einfluß der „marxistischen Parteien“ zu entziehen. Er glaubte, daß sich hinter dem Parteiengetriebe die Bildung einer neuen staatstragenden Elite abzeichnete, und vorübergehend bestand seine Sorge in erster Linie darin, daß diese sich zu früh verbrauchen und von den „altbürgerlichen Trümmern“ erstickt werden würde³⁹. Die Illusion, die NSDAP dazu bewegen zu können, „den bündischen Weg der Auslese, Geschlossenheit und der charakterlichen und sachlichen Schulung“ zu gehen, sich um programmatische Substanz und qualifizierte Kader zu bemühen und die plebejische Massengefolschaft abzustreifen, trug zur öffentlichen Bagatellisierung der terroristischen Elemente der NS-Bewegung maßgeblich bei. Zugleich hatte Zehrer eine erhebliche Mitverantwortung daran, daß sich bei der konservativen Kamarilla das Wunschenken festsetzte, die bisherigen Interessenorganisationen und Parteien würden in Anbetracht der unausweichlichen Staatsnotwendigkeiten einfach zerfallen. Auch von der NSDAP, so prophezeite er, werde nur der Kern übrig bleiben, der miteinander „kameradschaftlich verbunden“ sei, damit jene im Umkreis von Gregor Straßer tätige Gruppierung, die an neokonservative Ideen anknüpfte und teilweise mit der Redaktion der „Tat“ in Verbindung stand⁴⁰.

Mit der Beschwörung einer umfassenden Krise, die zur „totalen Revolution“ und zu

³⁶ Ebd., 24 I (1932) 68 ff.; vgl. *Detlef Felken*, Oswald Spengler. Konservativer Denker zwischen Kaiserreich und Diktatur (München 1988) 131 ff., im folgenden zitiert: *Felken*, Oswald Spengler.

³⁷ An der Wende der Innenpolitik, in: *Die Tat* 24 Bd. II (1932/33) 822 ff.

³⁸ *Hans Zehrer*, An der Wende, in: *Die Tat* 24 Bd. II (1932) 447–451.

³⁹ Er sprach vom „Wachstum einer unabhängigen Schicht“, die in ihrem Kreise handele, nach außen aber abwarte (*Die Tat* 23 Bd. II (1932) 952 ff.). Der Kreisauer Kreis entwickelte ein in mancher Hinsicht verblüffend ähnliches Konzept. Vgl. *Hans Mommsen*, Der lange Schatten der untergehenden Republik. Zur Kontinuität politischer Denkhaltungen von der späten Weimarer zur frühen Bundesrepublik, in: *Karl Dietrich Bracher, Michael Funke, Hans-Adolf Jacobsen* (Hrsg.), *Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft* (Düsseldorf 1987) 557 f.

⁴⁰ S. oben Anm. 27 sowie *Udo Kissenkoetter*, Gregor Straßer und die NSDAP (Stuttgart 1978) 128 ff.

einem grundlegenden Neuanfang führen werde, unterschied sich der Tat-Kreis von den Ideengängen der Ring-Bewegung, die sich ebensowohl auf Spengler zu berufen pflegte, vor allem durch die Betonung des sozialen Faktors und der antikapitalistischen Rhetorik, die sich in den ausgeprägten Sympathien für die Gewerkschaften und dem expliziten Bekenntnis zum „nationalen Sozialismus“ ausdrückte⁴¹. Die soziale Exklusivität der Mitglieder der Ring-Bewegung, insbesondere des Herrenclubs⁴², schloß eine engere Anlehnung an den als kollektivistische Bewegung beschriebenen Nationalsozialismus aus. In der Gesamteinschätzung gab es jedoch bemerkenswerte Parallelen zu Zehrer's Analyse. Noch stärker als dieser verschrieb sich die Ring-Bewegung der Ablehnung politischer Parteien und wurde so zur konsequentesten Verteidigerin des Papen-Regimes. Der NSDAP machte sie zum Vorwurf, letzten Endes eine mit dem Parlamentarismus verbundene Partei zu sein, die, sofern sie nicht mit Hugenberg „fusioniere“ oder sich an die KPD anlehne, notwendigerweise deren „Abmarsch ins System“ vollziehen werde. Gleichwohl gab Heinrich von Gleichen in einem „Offenen Brief“ an Hitler vom 6. November 1931 der Hoffnung Ausdruck, daß es innerhalb der NSDAP zur Herausbildung einer Gruppe von „unabhängigen Persönlichkeiten“ kommen könne, die eine Garantie gegen das Absinken ins Chaos darstellten⁴³. Ähnlich forderte Edgar Julius Jung, daß zu „dem Machtwillen der Führer“ und „der Sehnsucht der Massen“ die „Gestaltungskraft der Einzelnen“, treten müsse, „die ein Bild des kommenden Jahrhunderts im Herzen tragen“⁴⁴. Das war natürlich vergebliche Liebesmühe.

Die pointiert gegen die Funktion der politischen Parteien gerichtete Grundhaltung des Ring-Kreises bewirkte eine wachsende Distanzierung von Alfred Hugenberg und eine frühzeitige Hinwendung zum Gedanken des Präsidialregimes, was sich auch im nachdrücklichen Eintreten des Ring-Kreises für die Wiederwahl Hindenburgs bekundete⁴⁵. Mit der Bildung des Kabinetts von Papen stieg er zum rückhaltlosen Verteidiger des Präsidialsystems auf. Mit der Polemik gegen „Parteiherrschaft“ und „die Selbstzerstörung der Nation durch einen absterbenden Parteienstaat“ machte sich die Ring-Bewegung zum Vorkämpfer des reinen, auch nicht indirekt auf Parteien abgestützten Präsidialstaats⁴⁶. Die enge personelle Beziehung der Kabinettsmitglieder zum Deutschen Herrenclub bewirkte deren weitgehende Anlehnung an die Ideengänge der Ring-Bewegung. Walter Schottes Programm des „Neuen Staates“ verleugnete diesen Zusammenhang nicht. Es spiegelte den Sachverhalt, daß der vom Kabinett angestrebte Lösungsversuch, sofern man die im Spätsommer gefaßten, dann durch Papens dilatorische Taktik aufgeschobenen Staatsstreichsüberlegungen von Gayls als solchen bezeichnen will, in mancher Hinsicht auf die Ideen der Ring-Bewegung zurückging⁴⁷.

Schottes Programm des „Neuen Staates“ stellte zwar die unbedingte Überparteilich-

⁴¹ Vgl. *Fritzsche*, Politische Romantik 173 ff.

⁴² S. *Isbida*, Jungkonservative 76 f., 240 f.

⁴³ Zit. nach ebd. 247.

⁴⁴ *Edgar Julius Jung*, Aufstand der Rechten, in: Deutsche Rundschau 58 (November 1931) 88.

⁴⁵ *Isbida*, Jungkonservative 178 ff.

⁴⁶ Ebd. 202 f.

⁴⁷ Schulthess' Europ. Geschichtskalender NF 48 (1932) 189 ff.

keit der Regierung heraus, wollte aber auf Parteien nicht völlig verzichten, zumal die mangelnde Einheit des deutschen Volkes mit dem Fortbestand unterschiedlicher weltanschaulicher Positionen verknüpft sei. Hingegen attackierte Schotte das Vordringen von Interessenparteien, das zu der vom Kabinett beklagten „Materialisierung“ des politischen Lebens geführt habe. Das Absinken der Parteien auf die Vertretung bloß partikularer Interessen führte er auf die schädlichen Auswirkungen des Verhältniswahlrechts zurück, das es notwendig mache, die Massen durch materielle Versprechungen zu gewinnen. Das war die überwiegende Auffassung im Reichskabinett. Die Remedien, die die Ideologen des „Neuen Staates“ anzubieten hatten, bestanden im wesentlichen in der Heraufsetzung des Wahlalters, in einem Mehrstimmenwahlrecht, im Einerwahlkreis und indirekten Wahlen oberhalb der lokalen Ebene. Davon erhofften sie sich eine „Repolitisierung“ der Parteien, die dadurch zur Vertretung der großen weltanschaulichen Positionen und zum politischen Kampf zurückfinden sollten, statt sich im parlamentarischen „Interessenschacher“ zu erschöpfen. In Unkenntnis der konkreten Auswirkungen des angestrebten Pluralwahlrechts versprach man sich davon, daß an die Stelle der von einer zentralistischen Parteibürokratie benannten Mandatsträger angesehene „politische Persönlichkeiten“ in die Vertretungskörperschaften entsandt würden⁴⁸. Der diesen Erwägungen zugrundeliegende Politik-Begriff klammerte die Verfolgung materieller oder gesellschaftlicher Interessen als unpolitisch aus und bezog Politik ausschließlich auf die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben. Allerdings war man geteilter Meinung, ob die unmittelbare Anwendung dieser Remedien – mit Ausnahme der angestrebten Heraufsetzung des Wahlalters – nicht die NSDAP begünstigen und die erhoffte staatliche Konsolidierung behindern werde.

Zugleich war Schotte realistisch genug, um vorübergehend vom Fortbestand des bisherigen Parteiensystems aus KPD, SPD, Zentrum und einer bürgerlichen Rechtspartei auszugehen, wobei er ein Aufgehen der NSDAP in der „nationalen“ Rechten erwartete. In gewissem Widerspruch dazu behauptete er ganz ähnlich wie Hans Zehrer, daß sich auf mittlere Sicht das bisherige Parteienfeld auflösen, die Parteien sich oligarchisieren und zu reinen Ideenlieferanten zurückbilden würden. In der künftigen Verfassung, betonte Schotte, würden zentralistische Parteiorganisationen und Massenmitgliedschaften überflüssig sein⁴⁹. An deren Stelle sollten elitäre Zusammenschlüsse wie die Herrengesellschaften treten, deren Gewicht nicht auf dem Prinzip der Zahl, sondern auf dem des Sachverständs beruhte. Ideen dieser Art wurden auch im jungkonservativen Lager vertreten. Man wandte sich gegen das liberale Prinzip der Öffentlichkeit und wollte an die Stelle des freien Beitrittsrechts zu politischen Vereinigungen ein Kooptationsverfahren oder berufsständische Zugehörigkeit setzen. Artur Mahraun hatte schon im „Jungdeutschen Manifest“ betont, daß „die bündische Organisation des Frontgeschlechts unserer Zeit die alten Vereinsbildungen des 19. Jahrhunderts“ überrenne⁵⁰.

⁴⁸ Vgl. *Ulrike Hörster-Phillips*, *Konservative Politik in der Endphase der Weimarer Republik. Die Regierung Franz von Papen* (Köln 1982) 328 ff.

⁴⁹ Vgl. *Walther Schotte*, *Der neue Staat* (Berlin 1932) 33, 146 f.; im folgenden zitiert: *Schotte*, *Neuer Staat*.

⁵⁰ *Artur Mahraun*, *Das jungdeutsche Manifest* (Berlin 1927) 87.

Schotte war davon überzeugt, daß die NSDAP, anders als die großen Weimarer Parteien, keinen Bestand haben werde. Er begründete das mit der Überlegung, daß sich Nationalismus – und darin erblickte er das eigentliche Mobilisierungsinstrument der NSDAP – nicht als parteibildendes Prinzip eigne und auf die Dauer die Arbeiterwähler nicht von den Arbeiterparteien abhalten könne⁵¹. Die ausgeprägte Ambivalenz, mit der die Ideologen des „Neuen Staates“ der NSDAP gegenüberstanden, ging aus der Bemerkung hervor, daß der Nationalsozialismus „nur durch den unnatürlichen Zwang unseres Wahlrechts im Rahmen einer parteipolitisch-parlamentarischen Demokratie zur Partei entarten“ konnte⁵². Diese Bemerkung ließ die vom Kabinett von Papen gegenüber der NSDAP eingeschlagene Strategie erkennen, die darin bestand, den „gesunden“ Kern der Bewegung aus den Fesseln der Parteiorganisation herauszulösen und der nationalen Regierung dienstbar zu machen. Nur durch eine entschlossene überparteiliche Staatsgewalt konnte die Degeneration des politischen Systems, die in der Deformierung der „Volksbewegung“ des Nationalsozialismus⁵³ zum Ausdruck kam, rückgängig gemacht werden.

In einer unmittelbar vor den Novemberwahlen von 1932 veröffentlichten Broschüre, die den Titel „Am Ende der Parteienherrschaft“ trug, wandte sich Kuno Graf Westarp, der Führer der Volkskonservativen, gegen eine derartige pauschale Verurteilung der Tätigkeit politischer Parteien, die mit einer realistischen Analyse wenig zu tun hatte. Westarp konstatierte, daß die Parteien „den Boden im Volke verloren“ hätten, und sprach davon, daß die Zurückdrängung des Parteiregiments die „Forderung der Stunde“ sei und der in der Weimarer Republik eingetretene „Parteiabsolutismus“ beendet sei. Als altgedienter Parlamentarier, der schon dem Vorkriegsreichstag angehört hatte, warnte er jedoch vor der Illusion, „Parteipolitik und Parteeinfluß“ gänzlich beseitigen zu wollen. Er sei sich bewußt, mit seiner Auffassung „gegen den Strom zu schwimmen“, daß auf Parteien zur Vertretung materieller und ideeller Interessen auch in einer politischen Verfassung nicht verzichtet werden könne, die stärker berufsständischen Gesichtspunkten Rechnung trüge.

Mit der Betonung der materiellen Interessenvertretung durch Parteien stellte sich Westarp in geraden Gegensatz zum Programm des „Neuen Staates“, das Parteien ausschließlich auf die Vertretung weltanschaulicher Belange beschränken wollte⁵⁴. Demgegenüber schwebte ihm ein konstitutionelles System nach dem Vorbild der Bismarckschen Reichsverfassung vor. Den übermächtigen Einfluß der Parteien wollte er in Übereinstimmung mit beträchtlichen Teilen der öffentlichen Meinung durch die Aufhebung von Artikel 54 WRV und flankierende Verfassungsänderungen beseitigen. Er warnte jedoch davor, auf Parteien ganz verzichten zu wollen, wenngleich diese sich

⁵¹ Schotte, *Neuer Staat* 27: „Der Nationalismus entzieht sich auf die Dauer der Parteibindung; auch ist unwahrscheinlich, daß es auf die Dauer gelingen wird, größere Massen aus dem Lager der Arbeiterparteien durch die nationalistische Parole fernzuhalten.“

⁵² Ebd.

⁵³ Vgl. ebd., 164.

⁵⁴ Graf (Kuno) Westarp, *Am Grabe der Parteiherrschaft. Bilanz des deutschen Parlamentarismus von 1918–1932* (Berlin (o.J., 1932)) 127 ff.

ihrer Rolle als „Diener des Staates“ wieder bewußt werden müßten⁵⁵. Mit diesem Gesinnungsappell begab sich Westarp in gewissen Widerspruch zu der sonst weitgehend realistischen Analyse der Weimarer parlamentarischen Verhältnisse.

Den unbestreitbaren Erfolg, den die NSDAP seit den Septemberwahlen von 1930 nicht zuletzt bei der jüngeren Generation errang, führte Westarp auf deren konsequente Ablehnung des Parteiwesens und des parlamentarischen Systems zurück. Er machte indessen der NSDAP jedoch ebenfalls zum Vorwurf, sich aus einer „Bewegung“ zur Partei zurückentwickelt zu haben. Die NSDAP-Zentrums-Verhandlungen in Preußen, die nach den Juliwahlen die Existenz des Kabinetts von Papen bedrohten, bezeichnete er als „Gipfel des Parlamentarismus“, und er verstieg sich zu der fragwürdigen Schlußfolgerung, daß die NSDAP „vom Kopf bis zum Fuß auf Parlamentarismus eingestellt“ sei⁵⁶. Mit dieser Auffassung stand Westarp jedoch keineswegs allein. Hitlers wiederholte Weigerung, sich in den Dienst des „nationalen“ Kabinetts zu stellen, die Drohung mit der Zentrums-Koalition und die massiven Angriffe auf das Kabinett von Papen wegen dessen Verfassungsbruch in Preußen wurden von der bürgerlichen Rechten allgemein als Rückfall in das Parteiengetriebe aufgefaßt, das man gerade überwunden zu haben glaubte.

In der bürgerlichen Fehlreaktion spiegelte sich der Erfolg der nationalsozialistischen Propaganda, jede Gleichsetzung mit den Weimarer Parteien zurückzuweisen und an der Fiktion festzuhalten, nicht Partei, damit dem Weimarer Verständnis nach eine auf ein bestimmtes Segment der Wählerschaft beschränkte Interessenvertretung, sondern parteiübergreifende „nationale“ Bewegung zu sein, die virtuell die Gesamtheit des Volkes umfaßte. Die nationalsozialistischen Wahlerfolge bis zum Sommer 1932 beruhten nicht zuletzt auf der strikten Einhaltung des Grundsatzes, sich als Aliud gegenüber den Parteien der vorausliegenden dreizehn Jahre zu stilisieren und zu versprechen, die Herrschaft der Parteien „restlos“ zu beseitigen⁵⁷. Auch nach den Reichspräsidentenwahlen vom April 1932 waren die Reichswehrführung und ähnlich die DNVP naiv genug, der Alles-oder-Nichts-Taktik Hitlers als bewußtes Abrücken vom bisherigen System zu applaudieren, und das galt nicht minder für Jungkonservative wie Edgar Jung und Heinrich von Gleichen. Erst der Bruch mit Hindenburg am 13. August 1932 und das offene Eintreten gegen von Papen in den Novemberwahlen löste bei den Parteien der „Harzburger Front“ Ernüchterung aus. Aber auch danach blieb die illusionäre Hoffnung bestehen, daß es trotzdem gelingen könnte, „die große und verdienstvolle Bewegung des Nationalsozialismus in die verantwortungsvolle Mitarbeit im Reiche einzugliedern“⁵⁸ und von ihrer im Parteidenken verharrenden Führung zu trennen.

Die Vorstellung eines sich abzeichnenden Exodus der „Parteiherrschaft“ stellte einen Reflex auf die offenkundige Auflösung der bürgerlichen Mittelparteien und die

⁵⁵ Ebd. 129f.

⁵⁶ Ebd. 104f.

⁵⁷ Vgl. oben Anm. 23.

⁵⁸ So von Papen in seiner Rede vor dem Bayerischen Industriellenverband in München am 12. Oktober 1932 (Akten der Reichskanzlei: Das Kabinett von Papen, bearb. von *Heinz Minuth*, Bd. 2 (Boppard 1989) 762).

kontinuierliche Schwächung der DNVP dar. Darin lag aber auch ein Element der Selbsttäuschung. So hatte die DNVP auf Betreiben Alfred Hugenbergs und auf Drängen des neokonservativen Flügels größte Anstrengungen unternommen, um sich in Analogie zur NSDAP als Bewegung darzustellen und ihre faktische Rolle als „parlamentarische Partei“ zu leugnen. Folgerichtig berichtete das DNVP-Organ „Unsere Partei“ vom Stettiner Reichsparteitag im September 1931, dieser habe mehr „einem kämpferischen Aufmarsch als einem beratenden Kongreß“ geglichen, und mit ihm habe die DNVP „ihr Gesicht als Parteiorganisation definitiv im Sinne des Bewegungscharakters einer modernen aktivistischen Gemeinschaftsbewegung“ verändert⁵⁹. Dieser von Eduard Stadler verfaßte Bericht spiegelt das anhaltende programmatische Dilemma der DNVP, selbst Partei zu sein und doch das Ende der vielbeklagten „Herrschaft der Parteien“ zu verlangen. Sie verfiel sich damit gleichsam in der Semantik des Kampfes gegen den Weimarer „Parteienstaat“. Was anfänglich noch Anpassung an die Propaganda der NSDAP war, wurde zunehmend zum Selbstzweck. In einem Wahlaufuf vom September 1932 verkündete Hugenberg, der bevorstehende Wahlkampf würde von der DNVP „nicht als Partei, sondern als politische Armee des neuen Staates“ geführt, der „die heimliche Sehnsucht von Millionen“ sei, „die heute noch in der Knechtschaft der Parteien gebunden sind“⁶⁰.

Friedrich Hiller von Gaertringen hat zu Recht darauf hingewiesen, daß hinter dem Bekenntnis der DNVP zum „Neuen Staat“ und der Forderung nach einem „Umbau“ der Verfassung keinerlei konkrete verfassungspolitische Vorstellungen standen⁶¹. Folgerichtig lief der von Hugenberg angekündigte Endkampf gegen das „System des Stimmzettels“ auf ein Harakiri hinaus. Spätestens nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 mußte sich Hugenberg die Überflüssigkeit der DNVP als Parteiverband eingestehen. Dies fand in der den nationalsozialistischen Druck unterlaufenden Umbenennung der Partei zur „Deutschnationalen Front“ im Mai einen Niederschlag. In einer parteiamtlichen Verlautbarung wurde dieser Schritt damit begründet, daß die Partei „mit dem Verschwinden des parlamentarischen Systems den Kampfboden für ihre Weltanschauung in das Volk“ verlagere⁶². Drei Wochen später mußte sie ihre Selbstauflösung mit der „Überwindung des Parteienstaats“ begründen⁶³.

Wäre es nur diese Selbsttäuschung der bürgerlichen Rechten gewesen, eine Regierung ohne Parteien begründen zu können, verdiente dieses Syndrom keine besondere Aufmerksamkeit. Die von neokonservativen Intellektuellen vorbereitete, von der Ring-Bewegung und der konservativen Rechten aufgegriffene und vom Tat-Kreis popularisierte Vorstellung eines epochalen Wandels, der den pluralistischen Parlamentarismus von Weimar durch eine neue Einheit von Volk und Staat ersetzen würde, trug indessen zu der verhängnisvollen Fehleinschätzung der NSDAP als einer vorläufig

⁵⁹ Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei, in: Erich Matthias, Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien (Düsseldorf 1960) 625.

⁶⁰ Ebd. 562.

⁶¹ Vgl. ebd. 564 sowie „Das Freiheitsprogramm der Deutschnationalen Volkspartei“ (Berlin 1932).

⁶² Ebd. 650.

⁶³ Ebd. 652.

noch die Formen der Partei annehmenden nationalen Bewegung bei, die aus sich heraus eine neue staatstragende Schicht herausbilden werde. Der Haß auf die Republik verhinderte eine nüchterne Einschätzung des nationalsozialistischen Rivalen. Um so größer war die Enttäuschung über die nach der Bildung des Kabinetts der nationalen Konzentration, wie es Edgar Julius Jung formulierte⁶⁴, offenkundig werdende „Verfälschung der großen Erneuerungsbewegung in parteiegoistischen Bahnen“.

Es ist nachgerade schwer begreiflich, warum ein sonst so scharfsinniger Beobachter wie Hans Zehrer nach den Juliwahlen 1932 die Parole ausgab, daß die NSDAP ihre revolutionäre Phase abgeschlossen habe und um die „reibungslose Eingliederung der Partei in den Staat und die Heranziehung ihrer besten und qualifiziertesten Kräfte zur Mitarbeit“ nicht mehr herumkomme. Sie könne sich, so drückte sich Zehrer ein wenig hilflos aus, „angesichts der neutralen Staatsgewalt, die einen großen Teil ihrer Forderungen von sich aus durchführt und ihr damit immer mehr die Parolen nimmt, nicht einfach mit dem Hinweis darauf ausschalten, daß die nationalsozialistischen Forderungen nur allein von Mitgliedern der Partei oder unter völliger Übernahme der Macht durch Hitler durchzuführen“ seien⁶⁵. Das gelte um so mehr, als sie mit parlamentarischen Mitteln nicht mehr weiterkommen könnte. Der von ihm unterbreitete Vorschlag eines Verfassungsumbaus, der das Programm des „Neuen Staates“ weitgehend vorwegnahm und den im Rahmen der Reichsreformdiskussion vorgelegten Verfassungsentwürfen folgte, abstrahierte somit von der Existenz der NS-Bewegung.

Die in der öffentlichen Debatte strittigen Details des angestrebten Umbaus, insbesondere die Existenz und Ausgestaltung der Zweiten Kammer, waren jedoch gegenüber der Frage, wie der Verfassungsübergang zu bewerkstelligen sei, von untergeordneter Bedeutung. Denn an verfassungsändernde Mehrheiten im Reichstag war schlechterdings nicht zu denken, und daß der Reichspräsident vor einem Verfassungsoktroi zurückscheute, den Beteiligten nur zu geläufig. Zehrer dachte an die Bildung eines präsidialen Ausschusses nach dem Vorbild des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, der an die Stelle des arbeitsunfähigen Reichstags trat und einen Verfassungsentwurf ausarbeitete, dem die Reichsregierung durch eine nachträgliche Indemnitätsvorlage plebiszitäre Anerkennung verschaffen sollte⁶⁶. Signifikante Unterschiede zu dem politischen Illusionismus des Papen-Kabinetts sind hierbei nicht auszumachen. Zehrer erkannte erst nach den Novemberwahlen, daß das Kabinett von Papen nicht mehr zu halten war, da es im Gegensatz zu den „Volksmassen“ stand. Die von General von Schleicher eingeschlagene Strategie, den Straßer-Flügel der NSDAP für eine Lösung der Krise durch die Schaffung einer auch auf die Gewerkschaften abgestützten „Querachse“ zu erreichen, war von der „Tat“ frühzeitig favorisiert worden. Während Schleicher stärker in den Kategorien des kriegswirtschaftlichen Systems im Ersten Weltkrieg dachte, das einen Ausgleich auf der Ebene der Verbände gebracht hatte, und er sich persönlich gegenüber dem „Tat“-Kreis eher reserviert verhielt, stand für Zehrer und seine Anhänger eine unkritische Idealisierung der Gewerkschaften im Vorder-

⁶⁴ Vgl. *Bernhard Jenschke*, Zur Kritik der konservativ-revolutionären Ideologie in der Weimarer Republik. Weltanschauung und Politik bei Edgar Julius Jung (München 1971) 167.

⁶⁵ Die Tat 24 Bd. I (1932) 447.

⁶⁶ Ebd. 449.

grund, in denen sie Analogien zum ständischen Gliederungsprinzip entdeckten. Sie lieferten einen Gutteil der ideologischen Begründung des in mehrfacher Beziehung illusorischen Konzepts, das die Verbände und Gesinnungsgemeinschaften an die Stelle der Parteien rücken sollte⁶⁷. Eine der Voraussetzungen dafür bestand in der Annahme, daß sich die NSDAP als Partei, analog zu den bürgerlichen Gruppen, in einem Prozeß der Auflösung befand. Aber auch als das Gegenteil eintrat und die NSDAP im Bündnis mit Hugenberg den Rückfall in die überholt scheinende Form der Parteienkoalition vollzog⁶⁸, war Zehrer noch nicht bereit, von der Illusion Abschied zu nehmen, daß die NSDAP nach der erfolgreichen Niederringung der Linksparteien ihren Parteicharakter aufgeben und sich zu einem politischen Orden zurückentwickeln werde.

Die Bildung des Kabinetts Hitler betrachtete Zehrer, ebenso wie die nicht parteigebundenen Konservativen und sicherlich Edgar Jung und dessen Parteigänger, als Bruch mit der bisherigen Entwicklung und angesichts der Tendenz Hindenburgs, sich aus der Politik zurückzuziehen, als „vorläufige Liquidierung der autoritären Regierungsform“ und als „Sieg des Parlamentarismus“, und er befürchtete, daß dieser sich wieder voll durchsetzen könnte⁶⁹. Aber er ließ von seinen Träumen nicht ab. Nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 plädierte er vielmehr dafür, in einem ersten Schritt die Auflösung des Weimarer Parteiensystems zu vollziehen, zumindestens bis der einheitliche Boden des Staates wiederhergestellt sei⁷⁰. Gewiß spielte bei diesen Äußerungen politische Anpassung an das neue Regime schon eine Rolle⁷¹. Mit der fragwürdigen Überlegung, daß infolge der Auflösung des übrigen Parteiwesens auch die NSDAP überflüssig werden würde, stand er nicht allein. Es mutet befremdlich an, daß Zehrer, gleichsam um ideologisch folgerichtig zu bleiben, sich im Mai 1933 zum Verfechter einer „Verstaatlichung der NSDAP“ machte, zumal diese immer größere Teile des Volkes zu sich herüberzöge – eine fragwürdige Stilisierung des Phänomens der „Märzgefallenen“⁷². Zugleich verlangte er in Übereinstimmung mit seinem Reformprogramm, daß Wahlen nur noch in den „kleinsten Zellen“ stattfinden sollten, als sei nun der Umbau in den von ihm anvisierten Staat in vollem Gange.

Die „Verstaatlichung der NSDAP“, argumentierte Zehrer, werde dem Staat eine „feste Volksorganisation“ bereitstellen, die „solange“ notwendig sei, als die staatlichen Sozialisationsinstrumente der Schule, des Arbeitsdienstes und der Miliz noch im Aufbau begriffen seien. Umgekehrt werde der NSDAP durch die Verstaatlichung eine gewisse Disziplinierung auferlegt und den konkurrierenden Parteien auch die formelle Existenzberechtigung genommen. Verhängnisvoller konnte Zehrer kurzschlüssiges Denken nicht enden. Die Vorstellung, daß die staatliche Inpflichtnahme Hitler und

⁶⁷ Vgl. *Axel Schildt*, Militärdiktatur mit Massenbasis. Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung unter General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik (Frankfurt 1981) 98 ff.

⁶⁸ Vgl. *Fritzsche*, Politische Romantik 262.

⁶⁹ Dies veranlaßte Ewald von Kleist-Schmenzin, unter Protest die DNVP zu verlassen, da das neue Kabinett „im wesentlichen eine Parteiregierung“ sei, während er „eine von allen Partei- und Interessenrücksichten völlig unabhängige Staatsführung“ verlangte (Das Ende der Parteien 636).

⁷⁰ *Hans Zehrer*, Um die Nachfolge des Reichspräsidenten, in: Die Tat 24 Bd. II (1933) 1028.

⁷¹ Die Tat 25 Bd. I (1933) 1 ff.

⁷² Vgl. *Fritzsche*, Politische Romantik 301 f.

die NSDAP zügeln würde, sollte noch anlässlich der Röhm-Morde nach dem 30. Juni 1934 eine Rolle spielen. So spekulierte Zehrer, daß die NSDAP den liberalen Staat zerstört habe, daß aber – übrigens im Unterschied zum faschistischen Italien – die „alte vorliberalistische Staatstradition die Partei“ verschlinge, „indem sie sich aufoktroziert“. Potsdam sei „ein später Sieg Friedrichs des Großen“ gewesen⁷³. Oswald Spengler, auf den sich Zehrer berief, hatte zu diesem Zeitpunkt bereits mit derlei Wunschträumen gebrochen, die Carl Schmitt und die meisten seiner Schüler damals noch mit Zehrer teilten⁷⁴.

Der Vorschlag, die NSDAP zur staatlichen Organisation zu machen, wurde im Dezember 1933 von Wilhelm Frick aufgegriffen und in dem nie durchgeführten Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat umgesetzt. Das war eine schwächliche Verlegenheitslösung, nachdem sich die erhoffte Selbstaufhebung der NSDAP nicht eingestellt hatte. Die Vorstellung, daß sie in einen politischen Orden zur Führerauslese umgewandelt werden sollte, war damals sowohl im Umkreis Hermann Görings als auch im Reichsministerium des Innern allzu geläufig, wo sich vor allem Helmut Nicolai für eine solche Lösung stark machte, bis er wegen seiner Eigenwilligkeit aus der NSDAP ausgestoßen und aus dem Staatsdienst entlassen wurde⁷⁵. Noch im Juli 1933 forderte Edgar Julius Jung auf einer Tagung des Katholischen Akademikerverbandes in Maria Laach öffentlich die Selbstaufhebung der NSDAP, die notwendig daraus folge, daß der Parteienstaat beseitigt sei⁷⁶. Überlegungen dieser Art blieben auf eine allzu kurze Episode beschränkt, und das erklärt, warum sie in den Quellen einen nur dürftigen Niederschlag fanden. Sie gingen auf das Wunschdenken des Personals der späten Präsidialkabinette und ihrer ideologischen Helfer zurück und trugen dazu bei, daß die Tragweite der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch die bürgerliche Rechte verhängnisvoll unterschätzt wurde.

Statt Übergangsform zu sein, etablierte sich die NSDAP als Erbe des zerschlagenen Weimarer Parteiensystems. Die bei seinen späteren Bündnispartnern und Sympathisanten im konservativen Lager verbreitete Besorgnis, daß Hitler in den Parlamentarismus zurückfallen könnte, beschleunigte die Dynamik, die zur Bildung des Kabinetts der nationalen Konzentration führte, und erleichterte es Hitler als Reichskanzler, sich der letzten institutionellen Fesseln und der Rücksichtnahme auf die in der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ vereinigten Rechtsparteien zu entledigen. Während von Papen durch die Vermittlung Kurt von Schröders die verhängnisvolle Intrige in Gang setzte, die zu Hitlers Ernennung führte, bestand in der Öffentlichkeit der Eindruck, als ob nur noch die Alternative zwischen Parlamentarismus und Diktatur bestünde. In den „Deutschen Führerbriefen“ hieß es unter dem 3. Januar 1933, daß, wenn es nicht gelänge, die NSDAP in die „nationale Front“ hinter der Regierung von Schleicher einzubeziehen, „als Ausweg nur die volle Diktatur“ oder die „Rückkehr

⁷³ Der Umbau des deutschen Staates, in: Die Tat 25 Bd. I (1933) 103 f.

⁷⁴ Vgl. *Felken*, Oswald Spengler 192 f.

⁷⁵ Vgl. *Peter Diehl-Thiele*, Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung 1933–1945 (München 1969) 57.

⁷⁶ Vgl. *Larry E. Jones*, Edgar Julius Jung: The Conservative Revolution in Theory and Practice, in: *Central European History* 21 (1988) 142–174.

zum alten Vollparlamentarismus“ offen stehe⁷⁷. Damals vermerkte Robert von der Goltz, der zum äußersten rechten DNVP-Flügel gehörte, daß die Gefahr einer Rückwendung zum parlamentarischen System „die Führer der Rechten zu einer Einigung eher geneigt“ machen würde. Denn nur die Kanzlerschaft Hitlers könne verbürgen, daß „das von der heiligen Weimarer Verfassung vorgeschriebene parlamentarische System zu den überwundenen Episoden neudeutscher Geschichte gehören“ werde⁷⁸. Die allenthalben befürchtete Rückkehr zum Parlamentarismus ließ die politischen und sozialen Bedenken, die Hugenberg und seine Parteigänger gegen ein Zusammengehen mit der NSDAP empfanden, in den Hintergrund treten. Kennzeichnend dafür war es, daß die konservativen Bündnispartner im Januar 1933 die Bedingungen Hitlers akzeptierten, die sie noch im November und Dezember abgelehnt hatten. Die monomanische Phobie gegen das politische Parteiwesen führte geradewegs in die nationalsozialistische Parteidiktatur. Die grandiose Selbsttäuschung im konservativen Lager – bei der Ring-Bewegung und beim Herren-Club, beim Tat-Kreis, der Reichswehr, der DNVP und den mit ihr sympathisierenden großagraren und großindustriellen Gruppen –, daß der Nationalsozialismus nur eine Übergangserscheinung sei und nur wegen seines Kampfes gegen die „marxistischen Parteien“ gezwungen sei, vorläufig die Formen der Parteibewegung beizubehalten, hat maßgeblich dazu beigetragen, daß Widerstand gegen die nationalsozialistische Usurpation ausblieb oder – wie im Falle von Julius Edgar Jung – zu spät kam.

⁷⁷ Deutsche Führerbriefe 6. Jg. (1933) Nr. 1., S. 1.

⁷⁸ Deutschlands Erneuerung 16 (Dezember 1932) 756.